

# Fragen und Antworten zur **Piratenpartei**

## Was ist der Rundfunkrat?

Der Rundfunkrat ist bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten das oberste für die Programmkontrolle zuständige Aufsichtsgremium. Die Rundfunkräte bestimmen über die Verteilung öffentlicher Gelder und steuern die öffentlich-rechtlichen Medien. Daher müssen sie sich auch einer öffentlichen Kontrolle stellen. Die Mitglieder des Rundfunkrates setzen sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen zusammen (z.B. Gewerkschaften, Frauenverbänden, Kirchen, Fraktionen). Es sollte aber ein Querschnitt der Bevölkerung sein.

## Warum sollte ich die **PIRATEN** wählen?

Die **PIRATEN** setzen sich für die Belange der Bürger ein. Wir haben unsere Kompetenz im Bereich der neuen Medien bereits bewiesen. Da auch Sie Nutzer dieser Medien sind, brauchen Sie politische Interessenvertreter. Wir kämpfen für Sie ohne Lobbyismus und Seilschaften. Politik darf nicht eine Frage nach Wirtschaftsinteressen und eigenen Vorteilen sein. Mit Ihrer Stimme bei der Landtagswahl haben Sie die Möglichkeit, Inhalte in den Mittelpunkt zu stellen.

## Ist die Piratenpartei eine Partei, die es ernst meint?

Ja! Die Piratenpartei ist absolut ernsthaft. Das Anliegen der **PIRATEN** - der Schutz von Grundgesetz und Bürgerrechten - ist viel zu wichtig, um damit zu spielen.

## Wie kann ich mehr zur Piratenpartei und Medien erfahren?

Informieren Sie sich im Internet unter:

[piratenpartei-nrw.de](http://piratenpartei-nrw.de)  
[medien.piratenpartei-nrw.de](http://medien.piratenpartei-nrw.de)

oder besuchen Sie uns persönlich. In vielen Städten gibt es regelmäßige Stammtische, zu denen jeder Interessent herzlich eingeladen ist. Termine und Treffpunkte werden im Internet bekannt gegeben.

**KLARMACHEN  
ZUM ÄNDERN!**



**Für freie Bildung:**  
Denn die Chance auf Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.



**Für freies Wissen:**  
Denn freier Zugang zu Wissen fördert den wissenschaftlichen Fortschritt.



**Für mehr Mitbestimmung:**  
Denn der Bürger muss öfter als nur alle vier Jahre gehört werden.



**Für mehr Datenschutz:**  
Denn Staat und Wirtschaft haben kein Recht auf willkürliche Verwendung persönlicher Daten.



**Für Transparenz im Staat:**  
Denn Lobbyismus schadet dem Allgemeinwohl.



**Für Privatsphäre:**  
Denn eine freie Gesellschaft funktioniert nur ohne totale Überwachung.



**Für mehr Verbraucherschutz:**  
Denn selbstbestimmte Verbraucher benötigen faire Rahmenbedingungen.

Darf ein **POLITIKER**  
einen **CHEFREDAKTEUR**  
entlassen?



**KLARMACHEN  
ZUM ÄNDERN!**

## Der Fall des Chefredakteurs des ZDF, Nikolaus Brender

Sein Vertrag wurde auf Druck des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch trotz massiver Proteste von Journalisten, Staats- und Verfassungsrechtlern nicht verlängert. Dieser Vorfall ist beispielhaft für den beherrschenden Einfluss der Parteien auf die „öffentlich-rechtliche“ Medienlandschaft.

### Was ist geschehen?

Mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch stellte sich ein Partei-Vertreter gegen den Vorschlag des ZDF-Intendanten für eine weitere Amtszeit von Nikolaus Brender. Dieser Vorstoß steht in eklatantem Widerspruch zur angeblichen Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von Staat und Parteien. Eine derartige Einflussnahme auf inhaltliche Belange gehört nicht zu den Aufgaben und Kompetenzen eines Verwaltungsgremiums und ist außerdem weder verfassungsrechtlich zulässig noch im ZDF-Staatsvertrag vorgesehen.

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen unsere Gesellschaft. **Wissen Sie, wer alles darauf Einfluss nimmt?** Sie, die Sie die Rundfunkgebühren bezahlen, jedenfalls nicht!

Sie sind darauf angewiesen, dass politisch unabhängige Verantwortliche in Ihrem Sinne handeln und ein ausgewogenes, parteipolitisch neutrales Programm gestalten. Wie soll das gewährleistet sein, wenn in den verantwortlichen Gremien eine Mehrheit aus Politikern und parteinahen Interessenvertretern die Entscheidungen trifft?

Die **PIRATEN** lehnen eine parteipolitische Einflussnahme auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ab, welcher laut Verfassung unabhängig und staatsfern sein soll.

## Ziele der PIRATEN in der Medienpolitik

- ▶ Drastische **Minimierung der parteipolitischen Einflussnahme** auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
- ▶ Öffentliche Kontrolle sowie **Transparenz der Entscheidungen** der Rundfunkräte sowie Abschaffung von Parteienvertretern in den Rundfunkräten
- ▶ Für Meinungsvielfalt und **gegen Monopolbildung im Mediensektor**  
Die Neuregelung des Landesmediengesetzes, das Zeitungsverlagen die Kontrolle privater TV-Anbieter ermöglicht und damit Informations- und Meinungskartelle begünstigt, lehnen wir ab.
- ▶ Ablehnung von Internetsperren  
Das vom Bundestag beschlossene Zugängerschwerungsgesetz ist bereits wegen fehlender Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes formell verfassungswidrig. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Zugängerschwerungsgesetz nicht auf Länderebene eingeführt wird.
- ▶ Vertreter der Netzgemeinde im Rundfunkrat  
Die **PIRATEN** fordern die Entsendung eines Interessenvertreters der Internetbenutzer in die Rundfunkräte. Bisher sind die Räte neben Parteivertretern überwiegend mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, wie Kirche, Gewerkschaften oder Sportbund, besetzt.
- ▶ Permanente Verfügbarkeit von Produktionen, die von der Allgemeinheit bezahlt wurden
- ▶ Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler und Studierende
- ▶ Keine GEZ-Gebühr auf Computer und Handys

## Fragen und Antworten zu den Zielen der PIRATEN

**Sperren im Internet sind doch wichtig gegen Kriminalität. Warum lehnen die PIRATEN das ab?**

Die Gefahr ist, dass Grundlagen geschaffen werden, die zukünftig den Zugriff auf Inhalte aller Art verhindern – je nachdem, was gerade aktuell unerwünscht ist. Von einer unabhängigen Kontrollinstanz ist derzeit ebenso wenig die Rede wie von Einspruchsmöglichkeiten. Kriminelle Inhalte müssen gelöscht und nicht gesperrt werden. Die Polizei hat die technischen Voraussetzungen, um Straftaten im Internet ebenso wie im „realen Leben“ zu ahnden. Zudem muss es einen Unterschied in der Verfolgung von Einstellern und Abrufern geben.

**Die PIRATEN lehnen Internetsperren sowie jede Art von Zensur ab.**

**Mit dem Computer ist es doch möglich, über das Internet fernzusehen und Radio zu hören. Warum soll dafür keine GEZ-Gebühr fällig sein?**

Mit ihren Angeboten im Internet drängen die öffentlich-rechtlichen Anstalten den Bürgern eine unverlangte Leistung auf. Für diese Leistung wird denselben Bürgern dann eine Gebühr abverlangt, auch wenn sie diese gar nicht nutzen (wollen). Der hauptsächliche Zweck eines PCs oder Handys ist im Gegensatz zum Radio oder Fernseher nicht der Empfang von öffentlich-rechtlichen Rundfunkinhalten.

**Was ist mit digitaler Lernmittelfreiheit gemeint?**

Ein kostenloser und unbegrenzter Zugang zu den Lernmitteln muss für Schüler und Studierende gewährleistet sein. Das Land NRW muss dazu insbesondere eine Gesetzesinitiative gegen einige Einschränkungen des § 47 UrhG einbringen, der in die Kulturhoheit der Bundesländer eingreift.

**KLARMACHEN  
ZUM ÄNDERN!**